

**Rede im Deutschen Bundestag  
von Bernd Westphal, MdB  
am 28. 04.2016**

**Stahlindustrie in Deutschland und Europa**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor allen Dingen: Einen herzlichen Gruß an die Beschäftigten der Stahlindustrie, die heute auf der Besuchertribüne Platz genommen haben! Herzlich willkommen!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der heute vorliegende Antrag „Stahlindustrie in Deutschland und Europa stärken“ könnte den Eindruck vermitteln, dass es nur um Stahl geht. Nein, es geht hier um ein Herzstück der deutschen Industrie, es geht um den industriellen Standort in Deutschland in Gänze.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Höhn, das, was Sie gesagt haben

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: War gut!)

– nein –, zeigt, dass Sie kein Verständnis von Wertschöpfung in Deutschland haben.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben einen Gegensatz von Arbeit und Umweltschutz konstruiert, den es so nicht gibt. Sie haben gesagt, die Industrie sei das Problem, aber das ist falsch: Die Industrie ist die Lösung für die Probleme. Die Innovationen aus der Industrie in Deutschland helfen uns, beim Klimaschutz etwas zu erreichen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Ausnahmen beim Emissionshandel betreffen nur 10 Prozent der CO<sub>2</sub>-effizientesten Stahlunternehmen in Deutschland; sie behaupten etwas anderes. Ihre Behauptungen, dass die gesamte Branche ausgenommen werden soll, sind einfach falsch. Sie müssten Ihre Argumente noch einmal überprüfen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen mal Zuhören lernen! – Gegenruf von der SPD: Aber ihr auch!)

Die Stärke unseres Wirtschaftsstandortes sind die Wertschöpfungsketten in unserem Land. Die industriellen Wertschöpfungsketten führen zu Innovationen und vor allen Dingen auch zu Investitionen. Die Reindustrialisierung, die wir uns auf die Fahnen geschrieben haben, wird genau an diesem Punkt sichtbar. Wir haben es in

Deutschland vor allen Dingen auch geschafft, das Wirtschaftswachstum vom Rohstoffverbrauch zu entkoppeln. Das bedeutet: geringere CO<sub>2</sub>-Emissionen trotz Wirtschaftswachstum. Das ist ein Erfolg dieser Branche.

Auf die Beschäftigtenzahl ist schon hingewiesen worden. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Branche vor allem Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. In den Regionen, in denen es Stahlwerke gibt, gibt es Ausbildungsplätze mit Übernahmegarantie, einen hohen Standard beim Arbeitsschutz, hohe Sozialstandards und ein Montan-Mitbestimmungsgesetz, Jugendvertretung und Betriebsräte. Das kann sich sehen lassen. Viele Impulse, die wir in anderen Branchen nutzen, kommen gerade aus diesem Bereich. Deshalb ist diese Branche für unsere Wirtschaft so wichtig.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Westphal, darf die Kollegin Baerbock eine Zwischenfrage stellen?

**Bernd Westphal (SPD):**

Ja, selbstverständlich.

**Annalena Baerbock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Herr Kollege Westphal. – Da wiederholt in Reden behauptet wurde, dass nur 10 Prozent der CO<sub>2</sub>-effizientesten Stahlwerke kostenlose Zertifikate bekommen, möchte ich eine Klarstellung von Ihrer Seite.

In der Handelsperiode des Emissionshandels von 2008 bis 2012 hat die Stahlbranche vollumfänglich kostenlose Zertifikate bekommen. Bestätigen Sie das? Bestätigen Sie weiterhin, dass die Stahlbranche Zusatzgewinne von 2,1 Milliarden Euro gemacht hat, weil sie diese Zertifikate – es waren zu viele – verkaufen konnte? Können Sie auch bestätigen, dass die kostenlose Zuteilung dazu geführt hat, dass die Stahlbranche in Deutschland bis zum Jahr 2020 keine weiteren Zertifikate zukaufen muss? Bis zum Jahr 2020 gibt es also kein Problem.

Der letzte Punkt – weil Herr Gabriel das angesprochen hat –: Die Reform des Emissionshandels ab dem Jahr 2021 – also weit nach 2017 – wird derzeit in Brüssel diskutiert. Die Vorschläge, die die EU-Kommission auf den Tisch gelegt hat, beziehen sich darauf, die Zahl der Sektoren, die bisher von einer kostenlosen Zuteilung profitieren, von 177 Sektoren auf 50 Sektoren zu beschränken. Darunter fallen die Stahlindustrie, aber auch die Aluminiumindustrie und andere energieintensive Industrien. Sie behaupten, dass nur 10 Prozent der Unternehmen eine kostenlose Zuteilung erhalten sollen. Aber dem ist nicht so, weil die Stahlbranche weiter komplett ausgenommen werden soll.

(Bundesminister Sigmar Gabriel: Nein!)

Können Sie auch dies bestätigen? Woher kommen Ihre Zahlen, dass nur 10 Prozent der Stahlbranche eine kostenlose Zuteilung bekommen?

Herzlichen Dank.

**Bernd Westphal (SPD):**

Ich kann Ihre Zahlen nicht bestätigen, weil sie falsch sind. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn wir keine Ausnahmen für die hochinnovative Stahlindustrie vereinbart hätten, dann wäre sie heute gar nicht mehr da.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das hätte zu einem höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß geführt, der ganz andere Effekte auf das Weltklima gehabt hätte, als wir erreichen wollen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die von mir genannten 10 Prozent gelten für zukünftige Handelsperioden. Das ist wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben das Problem – es ist auch von meinen Vorrednern angesprochen worden –, dass China Stahl zu einem Preis auf dem europäischen Markt anbietet, der unter den Herstellungskosten liegt. Deshalb muss die EU-Kommission jetzt die außenhandelspolitischen Instrumente, über die sie verfügt, nutzen. Allerdings besteht an dieser Stelle Reformbedarf, weil diese Instrumente nicht schnell genug greifen. In den USA kann bei Schädigung einer Branche wesentlich schneller eine Handelsschranke verhängt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Handelsschranken – dabei geht es um Antidumpingverfahren und Mindestpreise – auch auf europäischer Ebene durchgesetzt werden können.

Ich darf an dieser Stelle sagen, dass ich Sigmar Gabriel, unserem Wirtschaftsminister, für sein Engagement absolut dankbar bin und auch dafür, dass er nicht nur innerhalb der Bundesregierung, sondern auch gemeinsam mit seinen Kollegen aus anderen Ländern auf dieses Defizit hinweist. Wir brauchen natürlich keine neuen Handelskonflikte mit der Volksrepublik China, aber wir brauchen klare und faire Handelsbedingungen. Die bestehen im Moment nicht, und wir müssen gegenüber der chinesischen Seite deutlich machen, dass das so nicht geht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will noch Aspekte zum Klimaschutz anführen. Auch wenn durch das G-7-Treffen die Debatte über die Dekarbonisierung bis zum Ende des Jahrhunderts platziert ist, werden wir in Deutschland unsere industrielle Produktion nicht aufgeben. Dekarbonisierung darf nicht Deindustrialisierung heißen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es muss auch zukünftig möglich sein, mit Hochöfen, in die man Koks, Kohle, Erz und Schrott füllt, Stahl herzustellen.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So, wie Sie das machen, deindustrialisieren Sie mit Ihrer Politik!)

– Na ja, mit den Grünen klappt das ja auch nicht. – Wir müssen zusehen, dass wir ein System finden, in dem beides möglich ist. Ich hatte eben darauf hingewiesen, Frau Höhn, dass wir sinkende CO<sub>2</sub>-Emissionen und gleichzeitig Wirtschaftswachstum haben. Das ist ein Erfolg, der zeigt, dass diese Industrie hochinnovativ ist.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht in der Stahlindustrie!)

– Vielleicht sollten Sie sich einmal ein Stahlwerk angucken. Die Dillinger Hütte und andere Stahlwerke in Deutschland, zum Beispiel in Duisburg und Salzgitter, zeigen, dass man Umweltschutz und industrielle Produktion durchaus zusammenbringen kann.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube, ich habe mir schon mehr Stahlwerke angeguckt als Sie, Herr Westphal!)

Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben überhaupt nichts davon, wenn es zu Carbon-Leakage-Effekten, also zur Abwanderung der Produktion in andere Länder, kommt. Das wollen wir verhindern.

Wir brauchen generell Planungssicherheit für die Unternehmen. Das heißt, wir brauchen Rahmenbedingungen, die Investitionen ermöglichen. Wir wollen den Industrialisierungsgrad sichern. Wir wollen den Anteil der Industrie an der Wirtschaftsleistung nicht schmälern. Wenn wir wirtschaftlich stark bleiben wollen, dann brauchen wir ein Aufleben der Industrie, eine Reindustrialisierung. Das hat sich auch die EU-Kommission für ihre Politik auf die Fahne geschrieben. Das ist der richtige Weg.

Die Ausgestaltung des Emissionshandels ist derzeit unklar. Die Einbeziehung industrieller Eigenstromerzeugung wird nicht zu Planungssicherheit führen. So werden wir keine Investitionen freisetzen. Deshalb brauchen wir schnellstens Klarheit für die Branche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke und krisenfeste Industrie. Wir brauchen für die gesamte Wertschöpfungskette in diesem Land sichere Rahmenbedingungen, und auch der vorhandene Fachkräftebedarf muss gedeckt werden. Deshalb werbe ich dafür: Stimmen Sie dem von SPD und CDU/CSU vorgelegten Antrag zu. So schützen wir die Stahlindustrie, sichern Jobs und erhalten die Wertschöpfungsketten. Die Stahlindustrie ist nachhaltig mit einer hohen Recyclingquote und ist innovativ.

Herzlichen Dank.